Stand: 23.02.2026 03:48:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/300

"Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/300 vom 12.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/333 vom 13.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2019 **Drucksache 18/300**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung hat im vergangenen Landtagswahlkampf wiederholt finanzielle Entlastungen für mehrere gesellschaftlich hochrelevante und oftmals stark belastete Berufsgruppen angekündigt. Hierzu stellt der Landtag fest, dass diese Ankündigungen bislang nur sehr unzureichend bzw. zum Teil noch gar nicht umgesetzt worden sind.

Dies betrifft aktuell unter anderem a) die angekündigte Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer (angehende Physio- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Podologinnen und Podologen, Logopädinnen und Logopäden) sowie b) die Erhöhung der sog. Stress- bzw. Erschwerniszulagen für Schichtdienstleistende und „Personenbegleiter Luft“ (PB-L) im Bereich der Polizei.

Die bereits seit Monaten andauernde Unsicherheit der Betroffenen hinsichtlich der Frage, ob, wann und in welcher Form sie diese finanzielle Unterstützung konkret erhalten, ist nicht nur Ausdruck mangelnder Wertschätzung der Staatsregierung gegenüber ihrer Arbeit, sondern hält auch potenzielle Interessentinnen und Interessenten davon ab, diese Berufe zu ergreifen.

Die Staatsregierung wird daher zunächst aufgefordert, insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass – wie im Ministerrat vom 18.09.2018 beschlossen – ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer in Bayern gilt. Da die Schulgeldfreiheit allerdings erst nach einem entsprechenden Haushaltsbeschluss des Landtags in Kraft treten kann, fordert der Landtag die Staatsregierung auf, eine Rückerstattung der betreffenden Gelder ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 zu garantieren und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Auch ist zu garantieren, dass Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern nicht in Vorleistung gehen müssen und dass Investitionen in den Qualitätsausbau keinesfalls zurückgefahren werden. All diese Fragen sind im Rahmen des nun angekündigten „Gesundheitsbonus“ dringend und zweifelsfrei zu klären, damit die Betroffenen Planungssicherheit haben und verlässlich entlastet werden.
2. Die Staatsregierung soll die bereits für den 01.01.2019 zugesagte Anhebung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) auf fünf Euro pro Stunde für Schichtdienstleistende bei der Bayerischen Polizei zügig und rückwirkend realisieren. Auch die von der Staatsregierung im Herbst 2018 angekündigten Zulagen für Personenbegleiter Luft (PB-L) sind rückwirkend auszubezahlen, und zwar zum 1. September 2018. Deren Höhe soll sich auf 70 Euro pro Tag bei innereuropäischen und 100 Euro pro Tag bei außereuropäischen Flügen belaufen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Gleich mehrere Berufsgruppen in Bayern, denen Ministerpräsident Dr. Markus Söder in den vergangenen Monaten finanzielle Unterstützung und Entlastung zugesichert hatte, warten derzeit auf die längst überfällige Realisierung dieser Zusagen bzw. auf verlässliche Planungen. Die Unzufriedenheit bei den Betroffenen ist entsprechend groß:

So demonstrierten vergangene Woche unter anderem angehende Ergotherapeutinnen und -therapeuten für die im September 2018 vom Kabinett angekündigte Schulgeldfreiheit bei Heilmittelerbringern. Hierzu hatte der Ministerrat am 18.09.2018 folgenden Beschluss gefasst: „Ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 soll das Schulgeld im Freistaat für diese Berufe entfallen. Dadurch wird die Ausbildung attraktiver und die Nachwuchsgewinnung in diesen für die Gesundheitsversorgung wichtigen Berufen deutlich erleichtert.“ Am 12.02.2019 wurde ein „Gesundheitsbonus“ angekündigt, der allerdings wichtige Fragen offen lässt, bspw. was mögliche finanzielle Vorleistungen von Schülerinnen und Schülern und konkrete Pläne der Staatsregierung zum Qualitätsausbau anbelangt. Die Unsicherheit der Betroffenen in diesen Punkten hält viele davon ab, einen solchen Beruf zu ergreifen. Dies wiegt umso schwerer, da es sich bei den Heilmittelerbringern um einen wichtigen und äußerst wertvollen Versorgungsfaktor im Gesundheitsbereich handelt und der Personalbedarf unvermindert hoch ist.

Auch in einem anderen Bereich hält die Staatsregierung ihre Versprechungen für Unterstützungsmaßnahmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern offenkundig nicht ein: Bei der Polizei. Hier lassen sowohl die angekündigte Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) als auch die Zahlung einer „PB Luft-Zulage“ auf sich warten. Rainer Nachtigall, Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft, äußerte deshalb in einer Pressemitteilung vom 06.02.2019 deutliche Kritik an der Staatsregierung: Die rund 13.000 Schichtdienstleistenden und 100 „Personenbegleiter Luft“ (PB Luft) seien „stinksauer“, der „Vertrauensverlust“ wiege „schwer“. Die Staatsregierung hat deshalb zügig die rückwirkende Auszahlung dieser Erschwerniszulagen in die Wege zu leiten.

Die hier genannten, jüngsten Versäumnisse der Staatsregierung offenbaren, dass sich die schwarz-orange Koalition in Bayern bislang weitgehend auf bloße Ankündigungspolitik beschränkt und getroffene Zusagen wiederholt nicht einhält. Auch die kürzlich bekannt gewordene Finanzierungslücke im Kita-Bereich (Drs. 18/214) kann in diesem Zusammenhang als unrühmliches Beispiel genannt werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.02.2019 **Drucksache** 18/**333**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**300**

Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Horst Arnold
Abg. Manfred Ländner
Abg. Eva Lettenbauer
Abg. Bernhard Pohl
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Roland Magerl
Abg. Julika Sandt
Abg. Klaus Holetschek
Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen (Drs. 18/300)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Staatsregierung, mehr als hundert Tage sind Sie im Amt. Das konkrete Kümmererwesen ist nicht Ihr Ding: Ankündigungen, Worthülsen und Oberflächlichkeiten; teilweise werden Ihnen die Leitlinien durch erfolgreiche Volksbegehren vorgegeben. Versprechungen, die großzügig, teilweise vernünftig, aber auch verantwortlich gegeben wurden, hängen in der Luft oder werden gar nicht eingehalten. Ich weiß nicht, was soll das bedeuten, dass ich so traurig, wütend und enttäuscht bin.

(Zuruf von der AfD: Ja, genau!)

Diese Abwandlung des Volksliedes können getrost diejenigen singen, die auf Ihre Zusagen zu Lebensverbesserungen bislang vertraut haben. Was sind das für Versprechen, die erst nach sogenannten Gelbwesten-Protesten der Betroffenen, der Schülerinnen und Schüler, der Heilmittelerbringer, der Physiotherapeuten, der Ergotherapeuten, der Podologen erst seit gestern in Ihrer Politik berücksichtigt werden, dann aber unklar? – Deshalb fordern wir dringend, dass der von Ihnen angekündigte Gesundheitsbonus zweifelsfrei klärt, dass aufgrund der Schulgeldfreiheit alle Gelder ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 zurückzuerstatten sind und die Eltern keine weiteren finanziellen Vorleistungen erbringen müssen. Auch die Investitionen in den Qualitätsausbau dürfen infolgedessen nicht reduziert werden.

Leistungen nach Treu und Glauben zu erbringen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber was ist das für ein Stil im Polizeiwesen: Millionen von Überstunden auflaufen zu las-

sen, tiefen Dank auszusprechen und mal wieder Besserung zu geloben, Pferdestaffeln kostenintensiv zu planen, während 13.000 Schichtdienst leistende Beamtinnen und Beamte der Polizei auf die Erhöhung ihrer Dienstzulage für ungünstige Zeiten trotz Zusage warten und sie nicht erhalten?

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir Sie auf, eine Zulagenanhebung auf fünf Euro pro Stunde zügig und rückwirkend zum 01.01.2019 zu realisieren. Deshalb fordern wir Sie hier im Parlament auf, dass Sie Ihre Versprechen einlösen.

Während die Polizistinnen und Polizisten als Personalbegleiter für die Luft überhaupt eine Grundvoraussetzung erfüllen und die ehrgeizigen und kostspieligen Abschiebeflüge durch ihren entbehrungsreichen Einsatz ermöglichen, werden genau diesen Personen die seit Herbst 2018 angekündigten Zulagen bis zum heutigen Tag nicht gewährt. Was ist das für eine Politik, was ist das für ein Dienstherr, der seinen Bediensteten im Einzelfall bis zu 1.000 Euro schuldig bleibt? Welches Vorbild ist das? Wie würden Sie eine derartige Säumigkeit erläutern und kommentieren? – Als unwürdig und polizeifeindlich würden Sie es andernorts geißeln. Es geht hier um insgesamt 4,2 Millionen Euro für die Polizei, um das Entgelt für bereits erbrachte Leistungen. Zu Recht teilt die Deutsche Polizeigewerkschaft mit, dass Unmut und Ärger bei Bediensteten riesig sind. Deshalb fordern wir Sie auf, die angekündigten Zulagen ab dem 01.09. auszubezahlen, und zwar 70 Euro pro Tag für den innereuropäischen Dienst, 100 Euro pro Tag für den außereuropäischen Flugdienst. Verlässlichkeit fühlt sich für die Polizistinnen und Polizisten anders an, als Sie es vorgaukeln. Dabei wäre die Umsetzung der Versprechen im Landtag ziemlich einfach.

Sie setzen nicht nur Ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, Sie verspielen nicht nur das Vertrauen in Ihre Versprechen; es entsteht auch ein weiterer Nährboden für Politikverdrossenheit, die uns alle im Hause betrifft. Als Garantinnen und Garanten der inneren Sicherheit und der Gesundheit haben Sie nicht nur eine rhetorische Pflicht, sondern

eine soziale Fürsorgeverpflichtung. Versprechen gehalten: Das ist ein Ideal. Ihre Politik sieht anders aus. Hoffnungsträger wie die Schülerinnen und Schüler, Leistungsträger wie die Polizistinnen und Polizisten darf man nicht im Regen stehen lassen, so wie Sie das tun.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nur einzelne Beispiele. Kommen Sie uns nicht mit der Kiste: In anderen Bundesländern usw. usf. Sagen Sie nicht, dass es hier nur um Kleinbeträge gehe. Sagen Sie: Wir sind die Bayerische Staatsregierung, wir halten unser Wort.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Sehr richtig!)

Die SPD-Landtagsfraktion kümmert sich verlässlich um soziale Gerechtigkeit in Bayern. Wer Großes im Sinn hat, Herr Innenminister, sollte auch das vermeintlich Kleine ordnen. Wort halten, das ist die Devise. Deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Jetzt hat Herr Kollege Manfred Ländner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Arnold, ich verstehe Ihre Erregung nicht ganz. Ich darf auch feststellen: Ich bin nicht Mitglied der Bayerischen Staatsregierung, aber ich bin Abgeordneter des Bayerischen Landtags.Und als solcher – da werden Sie mir als Jurist zustimmen – habe ich die Hauptaufgabe, die vordringliche Pflicht und auch das Recht, den Haushalt des Freistaates Bayern zu verabschieden. Sie machen hier große Stimmung gegen die Bayerische Staatsregierung. Die Bayerische Staatsregierung hat die ihr übertragene Aufgabe gestern, wie ich gehört habe, erfüllt: Sie hat nämlich ihren Vorschlag für den Doppelhaushalt 2019/ 2020 beim Bayerischen Landtag abgegeben.

Jetzt sind wir dran. Wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtages beschäftigen uns mit den Vorlagen der einzelnen Ministerien und werden nach einer Phase der Beratung Mitte Mai, so wie wir es festgelegt haben, den Haushalt des Freistaates Bayern verabschieden. Keiner kann sagen, was letztendlich von den Vorschlägen der Staatsregierung – ich gehe davon aus: sehr vieles – oder was nicht umgesetzt wird, wo ergänzt, abgespeckt, aufgestockt wird. Das ist das ausschließliche Recht des Bayerischen Landtages, und das möchte ich mir als Abgeordneter nicht nehmen lassen. Ich darf einen hier im Hause bestens bekannten Sozialdemokraten zu Ihrem Antrag zitieren. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer pflegte in solchen Situationen gerne zu sagen: Gut gedacht, schlecht gemacht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Sie machen ja gar nichts!)

Wir haben große Sympathie für die Anliegen, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen. Kollege Holetschek wird zur Schulgeldfreiheit heute noch sprechen. Ich sage: Ja, wir haben große Sympathie für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, für die Erhöhung der DuZ und vieles mehr. Alles geht in die Verhandlungen, in die Gespräche; alle Anliegen müssen im Detail noch besprochen werden. Ich würde mich freuen, wenn sie in dieser Empathie auch im Landtag angesprochen werden. Aber – Herr Kollege Arnold, ich bitte um Verständnis – eine Grundsatzdiskussion über Polizei, über Schulgeldfreiheit, offene Haushaltsfragen über Dringlichkeitsanträge zu führen, ist meines Erachtens der falsche Weg, entspricht nicht parlamentarischer Gepflogenheit und ist für mich als Abgeordneten, der sich persönlich, mit der Fraktion, intensiv mit dem Haushalt beschäftigt, der falsche Weg. Darum werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Kollege Ländner. – Ich darf die Frau Kollegin Eva Lettenbauer vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für viele ist und war es unverständlich: Die angehende Mechanikerin geht zur Berufsschule und bekommt ein Gehalt; der angehende Logopäde geht zur Schule und zahlt dafür. Das muss sich ändern, denn das ist schlicht und einfach ungerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sprechen uns schon lange für eine Stärkung der Stellung der nichtärztlichen Gesundheitsberufe wie Pflegekräfte, Hebammen, Physio- und Ergotherapeutinnen, Podologinnen und Logopädinnen aus und wollen ihnen auch mehr Kompetenzen, Aufstiegsmöglichkeiten und akademische Aus- und Weiterbildung ermöglichen. Ein besonders wichtiger erster Schritt ist – ganz klar – das Abschaffen des Schulgeldes für alle Heilberufe.

Per Ministerratsbeschluss hat die vergangene Regierung im September 2018 die Schulgeldfreiheit zugesichert. Nun geht es also darum, dass die Staatsregierung ihrem Versprechen nachkommt. Die Schülerinnen und Schüler haben sich darauf verlassen, ab Februar kein Schulgeld mehr zahlen zu müssen, und sind jetzt zu Recht, beispielsweise in Vilshofen, auf die Straße gegangen; denn die angehenden Ergotherapeutinnen müssen dort weiterhin 299 Euro pro Monat selber aufbringen.

Dringend nötig ist aber auch eine ordentliche Ausbildungsvergütung. Wir müssen diese Berufe für junge Menschen attraktiver gestalten. Die Bundesagentur für Arbeit hat in ihrer Fachkräfteengpass-Analyse vom Dezember 2018 nämlich festgestellt, dass es deutschlandweit Engpässe bei Podologinnen, Physiotherapeuten und Logopädinnen gibt. Dies ist bei den vorherrschenden Verhältnissen allerdings auch nicht verwunderlich. Ich sage: Handeln Sie! – Wir stimmen dem Antrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Situation bei der Polizei ist ebenfalls nicht tragbar. Es ist eine Sache, wenn die Staatsregierung es nicht auf die Reihe bringt, die Überstundenberge abzubauen. Dar-

über möchte ich heute gar nicht reden. Viel schlimmer ist es aber, wenn die Staatsregierung vor der Wahl vollmundig Ankündigungen macht und diese dann nicht einhält. Da wundert es mich nicht, wenn der Vorsitzende der Bayerischen Polizeigewerkschaft, Rainer Nachtigall, von einem Vertrauensverlust gegenüber der Staatsregierung spricht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat auch etwas mit Aufrichtigkeit zu tun.

Wir unterstützen deshalb auch die Erhöhung der sogenannten Stress- und Erschwerniszulage für Schichtdienstleistende und die Einführung der Zulage für die Personenbegleiter Luft im Bereich der Polizei. Den Polizistinnen und Polizisten ist 2016 zugesichert worden, dass der Nachtdienstzuschlag bis zum 1. Januar 2019 auf fünf Euro angehoben wird. Nun erfahren wir aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum von Katharina Schulze, dass diese Erhöhung nicht terminiert worden ist und erst im Laufe der Legislaturperiode erfolgen soll. Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gewinnt man nicht, wenn man willkürlich vom ursprünglichen Zeitplan abweicht.

Bei den Personenbegleitern Luft sieht es ja auch nicht besser aus. Sie sind ein Kind des Asylpakts der Staatsregierung aus dem Sommer 2018. Nach dem Aufenthaltsgesetz hat nämlich eigentlich die Bundespolizei die Aufgabe, Menschen über die Grenze zu begleiten, nicht die Landespolizei. Für die Übernahme dieser Aufgabe wurde den betroffenen Beamten eine Zulage versprochen. Nach der Wahl scheint bei der Staatsregierung ein allgemeines Vergessen eingesetzt zu haben. Das hat dazu geführt, dass es laut Auskunft der Polizeigewerkschaft Betroffene gibt, die Anspruch auf bis zu 1.000 Euro der versprochenen Zulage hätten. Die Staatsregierung rudert jetzt zurück und will nun auf die Regelungen des Bundes warten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann man mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Abschließend möchte ich festhalten: Es ist ein Unding, Menschen monatelang in Unsicherheit zu lassen, ob und ab wann sie zugesicherte finanzielle Unterstützung bekommen. So drückt man nicht Wertschätzung aus. Unser aller Ziel muss es sein, den Beschäftigten in Heilberufen und den Schichtdienstleistenden in der Polizei ehrliche Wertschätzung und Respekt zu zollen. Die Zeit der unwirksamen Versprechen muss ein Ende haben. Sehr geehrte Regierungsmitglieder, auf Ankündigungen muss jetzt die Umsetzung folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Kollegin Lettenbauer. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich gebe auch gleichzeitig bekannt, dass für den nachgezogenen Antrag bei Nummer 4 seitens der AfD namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Jetzt hat der Herr Abgeordnete Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident – Sie wechseln gerade –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Arnold, was waren das noch für Zeiten, als man sich mit der SPD wirklich auseinandersetzen konnte, als man noch ideologische Debatten führen konnte! Und jetzt stellen Sie als Fraktionsvorsitzender Anträge aus dem Koalitionsvertrag und sagen: Es geht uns nicht schnell genug, aber eigentlich wollen wir genau das, was ihr auch wollt. – Schön! Lieber Kollege Arnold, da kann ich Ihnen nur sagen: Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben. Und so geht es Ihnen hier auch.

(Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) – Horst Arnold (SPD): Autosuggestion!)

Sie sollten als alter Hase doch wissen, lieber Kollege, dass jetzt schon die Termine für die Haushaltsberatungen feststehen. Und da können Sie genau diese Dinge in juristisch korrekter Form einbringen, ohne irgendwelche ungesetzlichen Schattenhaushalte mit Garantien der Staatsregierung zu fordern. Ist es noch nicht angekommen, dass der Bayerische Landtag für den Staatshaushalt verantwortlich ist und dass die Bayerische Staatsregierung keine Garantien geben kann?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Kollege Arnold, wir sind nicht im Italien der 1960er-Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Und die Versprechungen?)

Ich kann Ihnen sagen: Es steht im Koalitionsvertrag. Es steht doch im Koalitionsvertrag! Jetzt warten Sie doch einfach ab. Wir haben demnächst Haushaltsberatungen, da können Sie genau das einbringen, was Sie hier fordern.Dann werden Sie sehen, was im Entwurf des Doppelhaushalts steht, den die Staatsregierung mit den Regierungsfraktionen vorberaten hat. Finden Sie dann noch ein Haar in der Suppe, werden wir darüber diskutieren, aber bitte nicht zur Unzeit. Momentan gibt es dafür keine Rechtsgrundlage.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wir werden diese Rechtsgrundlage so schnell wie möglich schaffen. Da sind auch Sie ein Teil der Lösung, indem Sie an den Haushaltsberatungen zügig mitwirken. Dann haben wir ein Gesetz vorliegen, und wir werden das umsetzen, was wir versprochen haben. Die Polizisten und die Angehörigen der Heilberufe werden sich darüber freuen können, weil die Anliegen, die sie vortragen, berechtigt sind – allerdings nicht deshalb, weil die SPD gestern aufgewacht ist und gesagt hat: Jawohl, das wollen wir so, sondern es sind die Anliegen der beiden Regierungsfraktionen, die im Koalitionsvertrag

festgehalten sind und die wir umsetzen werden. – Der vorliegende Dringlichkeitsantrag kommt zur Unzeit. Er ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pohl. – Als Nächster hat der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD das Wort.

Roland Magerl (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben sehr viel Inhalt für einen solchen Antrag, wobei bei diesem Antrag die Begrifflichkeit "Dringlichkeitsantrag" durchaus berechtigt ist. Vermutlich sind es die zu vielen Wahlversprechen der momentanen Regierungsparteien, die jetzt Probleme bei der Umsetzung bereiten. Gerade die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei, die, wie jeder weiß, massiv an der Belastungsgrenze sind und im Stich gelassen werden mit Wahlversprechen zu Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten, sollten anders honoriert werden.

Man sollte sich auch Gedanken darüber machen, ob die 70 bzw. 100 Euro Zulage für Abschiebeflüge begleitende Personen ausreichen; denn die Kolleginnen und Kollegen, die diese Abschiebeflüge zu bewältigen haben, müssen sich nicht nur von den Abzuschiebenden, sondern auch von den Abschiebegegnern bepöbeln und bespucken lassen. Das ist mit mehr als 100 Euro zu honorieren.

Wir von der AfD-Fraktion werden diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Aufgrund der knappen Zeit mache ich an dieser Stelle Schluss.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Magerl. – Als Nächste hat die Abgeordnete Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD vermischt in ihrem Dringlichkeitsantrag zwei sehr unterschiedliche Themen: zum

einen die Abschaffung des Schulgeldes für Heilmittelerbringer, zum anderen die Zulagen für stark belastende Dienste bei der Polizei. Dennoch stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag zu, weil er im Kern ein wichtiges Thema anspricht, nämlich die Beseitigung des Fachkräftemangels in Berufen, die vor allem in einer alternden Gesellschaft extrem wichtig sind und wo es auch um die innere Sicherheit geht. Wir müssen bei beiden Themen Gelder in angemessener Höhe in die Hand nehmen.

Gerade Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen sind Mangelberufe. Da gibt es nicht zu viele, sondern zu wenige Fachkräfte. Da bereits das Studium und der Schulunterricht kostenfrei sind und nun auch die Kita endlich kostenfrei werden soll, erscheint es völlig absurd, dass in diesen Berufen noch Schulgeld gezahlt wird. Ich bin sehr froh darüber, dass mein Parteifreund Dr. Heiner Garg, Gesundheitsminister Schleswig-Holsteins, hier eine Befreiung vom Schulgeld durchgesetzt hat.

Selbstredend muss auch die Erhaltung der Gesundheit stark belasteter Berufsgruppen wie der der Polizei etwas wert sein; denn kranke und unmotivierte Polizisten machen keinen Sinn. Aus all diesen Gründen stimmen wir dem Antrag zu. Schließlich geht es darum, Menschen in diese Berufe zu bringen und für den Verbleib in diesen Berufen zu sorgen.

(Beifall bei der FDP)

Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht da, aber einige Vertreter der Staatsregierung und der die Regierung tragenden Fraktionen sind hier. Lassen Sie sich sagen: Politisch ist es wirklich äußerst kontraproduktiv, wenn man Wahlversprechen in der Form abgibt, sie aber dann nicht umsetzt. Das schürt Ärger und Politikverdrossenheit.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Deswegen machen wir den Haushalt!)

Sie sollten Ihre Wahlversprechen endlich umsetzen. Handeln Sie schnell im Interesse der Berufsgruppen und der Menschen, die auf Therapien dringend angewiesen sind.

Handeln Sie auch im Sinne der Volkswirtschaft. Stoppen Sie jetzt den Fachkräftemangel!

Die SPD muss sich allerdings auch an die eigene Nase fassen. Ich weiß, dass die Begründung des Dringlichkeitsantrags nicht zum Antrag an sich gehört. Es ist aber sehr seltsam, dass im letzten Satz plötzlich die Finanzierungslücke im Kita-Bereich angesprochen wird. Wenn wir sagen, Leistung müsse sich für die Menschen lohnen, die Heilmittel erbringen und die für unsere Sicherheit sorgen, dann muss sich auch Leistung lohnen für die Menschen, die sich um unsere Kinder kümmern. Die Aufstiegsmöglichkeiten und die bessere Bezahlung für Erzieherinnen fehlen im vorliegenden Dringlichkeitsantrag völlig. Das hat Ihre Ministerin – der können Sie das auf den Weg geben – bei dem Pseudo-Gute-KiTa-Gesetz vollkommen versäumt. Dieser Punkt blieb gänzlich außen vor. Diese Aspekte hätte ich in solch einem Antrag noch erwartet, sie fehlen aber. Das zeigt auch, wie unglaubwürdig Sie hierbei sind.

(Beifall bei der FDP)

Leistung muss sich lohnen, gerade für die Menschen, die sich um unsere Anliegen und unsere Kinder kümmern. Wir fordern Taten.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Sandt. – Als Nächster hat der Abgeordnete Klaus Holetschek von der CSU-Fraktion das Wort.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Arnold, Sie wissen genau, das ist ein Schaufensterantrag und nichts anderes. Der Souverän des Haushalts ist der Bayerische Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Wir entscheiden über den Haushalt. Die in Ihrem Dringlichkeitsantrag politisch niedergelegten Themen sind unsere Themen. Der Ministerpräsident hat letztes Jahr die

Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe erklärt. Wir gehen also in Vorleistung. Eigentlich müsste diese Leistung der Bund erbringen, aber wir tun es, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Unser Arbeitskreis Gesundheit und Pflege hat in Bezug auf die Heilmittel ein umfangreiches Antragspaket verabschiedet, wobei es um Blankoverordnung, Direktzugang, Entbürokratisierung, Entkoppelung von der Grundlohnsumme und um vieles mehr geht. Das sind starke Zeichen für einen Berufsstand, der uns wichtig ist. Gerade auf dem flachen Land ist das Thema Gesundheitsversorgung mit den Therapeuten verbunden. Deswegen müssen wir hier etwas tun.

Herr Kultusminister, wenn ich richtig informiert bin, hat gestern das Kabinett beschlossen, dass die Schulgeldfreiheit ab diesem Halbjahr gelten solle. Damit ist das Thema in den Landtag eingebracht. Wir werden darüber entscheiden. Sorgen Sie in Berlin dafür, dass der Bund die Kosten für diese Schulgeldfreiheit übernimmt. Wir sind in einer Großen Koalition, können also diese Dinge zügig voranbringen, ohne hier irgendwelche Anträge zu stellen, die tatsächlich keine substanzielle Aussage haben. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Nein, Sie wollen Ängste wecken und Krawall machen, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen für eine seriöse Politik. Der Ministerpräsident hält das, was er sagt. Das werden Sie auch in Zukunft sehen. Das sind die Signale für unser Land. Diese Koalition ist bürgernah und steht zu ihren Versprechen. Wir werden das Begehren gemeinsam im Landtag beschließen. Ich bin als Abgeordneter froh, dass wir diese Themen hier beschließen und dass die Abgeordneten der Souverän sind. Das ist unsere Aufgabe. Deswegen vergeben wir uns heute nichts. Leider müssen wir Ihren Dringlichkeitsantrag heute ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Holetschek. – Als Vertreter der Staatsregierung hat nun Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die Nachtdienstzulage und die Zulage für Personenbegleiter Luft hat in den letzten Tagen eine besondere Dynamik entwickelt. Aber zu Unmut besteht wirklich kein Anlass. Wir haben in den letzten Jahren die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten massiv erhöht; denn diese Zulage war noch vor nicht allzu langer Zeit nur halb so hoch wie heute.Die Staatsregierung hat bereits im Jahr 2017 die Erhöhung der steuerfreien Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten in der Nacht von 2,67 Euro auf 4,08 Euro pro geleistete Nachtdienststunde erreichen können. Im Jahr 2018 erfolgte eine weitere Erhöhung auf 4,50 Euro. Diese Erhöhungen waren allein für die bayerische Polizei mit einem finanziellen Volumen von 8,2 Millionen Euro jährlich verbunden. Darüber hinaus gilt dieser Nachtzuschlag zum Beispiel auch für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzugsdienst und bei den Berufsfeuerwehren.

Diese strukturellen Verbesserungen waren nur durch die Haushaltsbeschlüsse der Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags möglich, für deren Unterstützung ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken möchte. Ich habe bereits im Jahr 2016 angekündigt, die schrittweise Erhöhung der Nachtdienstzulage auf insgesamt 5 Euro je Stunde intensiv weiterzuverfolgen. Heute war von "nicht gehaltenen Versprechen" die Rede. Ich bitte Sie schon,

(Alexander König (CSU): Ganz konkret zu sagen, wann und wo genau!)

mir ganz konkret zu sagen, wann ein Mitglied dieser Staatsregierung in diesem Jahr, im vergangenen Jahr oder im vorvergangenen Jahr erklärt hat, dass eine Erhöhung auf 5 Euro zum 1. Januar 2019 erfolgt. Bringen Sie mir ein Zitat eines Mitglieds der Staatsregierung, wann das versprochen worden ist! Ich stehe dazu: Ich habe schon im

Jahr 2016 angekündigt, dass ich mich weiterhin intensiv für die schrittweise Erhöhung der Nachtdienstzulage auf insgesamt 5 Euro je Stunde einsetzen werde. Das habe ich Ihnen erklärt.

(Alexander König (CSU): So haben wir das immer kommuniziert!)

Seit Mitte November liegt dem Hohen Haus und ganz Bayern der Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN vor. Darin steht seit Mitte November expressisverbis und für jeden nachlesbar, dass die Erhöhung auf 5 Euro im Laufe dieser Legislaturperiode erfolgt. Das ist auch nicht geheim gehalten worden. Sagen Sie mir: Wann hat ein Mitglied dieser Staatsregierung etwas anderes versprochen? Ich stelle ausdrücklich fest: Ich setze mich dafür ein, dass diese Erhöhung nicht erst im Jahre 2023 erfolgt, sondern so schnell wie möglich. Sie haben mir heute jedoch einen Wortbruch vorgeworfen. Deshalb müssen Sie mir belegen, wann ich meinen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten etwas anderes versprochen habe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Arnold, Sie wissen ganz genau, Zulagenerhöhungen sind Gegenstand des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie können nicht von der Staatsregierung nach Belieben über irgendein Zuschussprogramm verteilt werden, sondern sie bedürfen eines Beschlusses des Landtags, einer Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Das gilt für die Nachtzulage ebenso wie für eine völlig neu zu schaffende Zulage für die Personenbegleiter Luft. Eine Reihe von Abschiebungen in ganz Deutschland hat sich verzögert, weil nicht genügend Begleiter für die Abschiebeflüge zur Verfügung stehen. Das war auch am Sonntag und Montag Thema bei den Werkstattgesprächen in Berlin. Deshalb haben wir uns entschlossen, zusätzlich bayerische Polizisten dafür auszubilden, damit Abschiebungen nicht daran scheitern, dass wir zu wenig Personenbegleiter Luft zur Verfügung haben.

Der Bund wollte für diese Personen eine besondere Zulage schaffen, damit er mehr Mitarbeiter gewinnt. Deshalb haben wir von Anfang an gesagt: Auch der Freistaat

Bayern wird eine Zulage schaffen. Darauf sind wir auch von den Gewerkschaften angesprochen worden. Wir haben konkrete Beträge genannt und wollten versuchen, eine Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes zu erreichen. Wir wollen die Entwicklung im Bund beobachten und dann unser Vorhaben umsetzen. Sollte es uns nicht gelingen, diese Zulage rückwirkend in Kraft zu setzen, wollen wir einen Umweg über Leistungsprämien suchen. Eine Zulage ist für mich aber der vorzugswürdige Weg.

Inzwischen liegt ein Vorschlag des Bundesinnenministeriums für eine Regelung auf Bundesebene vor. Dieser Vorschlag sieht anders aus als die Regelung, die wir den bayerischen Beamten in Aussicht gestellt haben. Zunächst gab es Äußerungen, wonach die Regelung des Bundes besser sei. Die neueste Aussage der Gewerkschaften lautet: Nein, in den meisten Fällen ist das Angebot Bayerns das bessere. Die bayerischen Beamten stellen sich damit besser als die Beamten des Bundes.

Ich werde in den nächsten Tagen oder Wochen über dieses Thema mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften noch einmal ein Gespräch führen. Wir wollen für unsere bayerischen Beamten die bestmögliche Regelung erreichen. Ich glaube aber, dass heute niemand in der Lage ist zu sagen, ob die eine oder die andere Regelung besser ist. Wir haben in Aussicht gestellt, dass wir für die Personenbegleiter Luft rückwirkend zum 1. September eine Zulage realisieren wollen. Wir werden im Laufe der anstehenden Verhandlungen dem Landtag auf jeden Fall einen Vorschlag zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes für die Schaffung einer Zulage für die Personenbegleiter Luft und für die Regelung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten – DuZ – machen. Das Bayerische Besoldungsgesetz muss ja wegen der jetzt anstehenden großen Tarifverhandlungen ohnehin geändert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist nur mit einer Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes möglich. Die Regierung wird dem Landtag noch vor der Beschlussfassung über den Haushalt und über die Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes zu beiden Themen einen entsprechenden Entwurf unterbreiten, der mit beiden

Regierungsfraktionen abgestimmt wird. Ich sage noch einmal klar: Wir haben keine früheren Versprechungen gebrochen oder nicht gehalten. Herr Kollege Arnold, mit einem Satz hatten Sie recht, den ich hier noch einmal zitieren möchte: Wir sind die Bayerische Staatsregierung, und wir halten Wort.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Ich erteile Herrn Abgeordneten Horst Arnold von der SPD für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wie stehen Sie zur Veröffentlichung der Deutschen Polizeigewerkschaft? Sie haben gefragt, wo Sie etwas versprochen haben. Wir gehen davon aus, dass die Deutsche Polizeigewerkschaft als Tarifpartner eine seriöse Quelle ist. Ich lese Ihnen einmal etwas aus der Pressemitteilung vom 6. Februar 2019 vor und frage Sie, wie Sie zu dem Schluss kommen können, dass Sie nichts versprochen hätten. In dieser Pressemitteilung ist verlautbart worden:

> Die ersten beiden Stufen auf 4 bzw. 4,50 Euro/Std. erfolgten entsprechend dem vereinbarten Zeitplan zum 01.01.2017 und 01.01.2018. Die 3. Stufe auf 5 Euro/Std. sollte zum 01.01.2019 erfolgen.

Jetzt wörtlich:

> "Gerade Schichtdienstleistende prägen in besonderer Weise das positive Bild der Polizei in der Bevölkerung. Die in Aussicht gestellte DuZ-Erhöhung hätte ein Zeichen der Wertschätzung sein können." Die Schichtdienstleistenden haben durch Verzicht auf Schichtzulagen/Leistungsprämien zur teilweisen Gegenfinanzierung der ersten beiden Stufen selbst in Millionenhöhe beigetragen. "Jetzt, wo die Schichtler kein Geld mehr zur Erhöhung der Zulage beisteuern können, will sich die Politik nicht mehr an einen Zeitplan erinnern und will die Anhebung auf 5 Euro allein über die Dynamisierung der DuZ-Zulage erreichen", klagt Nachtigall.

Aus welcher Quelle sollen wir denn sonst noch schöpfen? Es ist in Ordnung, wenn Sie Beratungen mit der Polizeigewerkschaft und der anderen Gewerkschaft führen. Vertrauen Sie Herrn Nachtigall und dieser Veröffentlichung? Hat er uns und die Öffentlichkeit hinters Licht geführt?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich kenne diese Pressemitteilung. Herr Kollege Arnold, ich habe Sie gefragt, ob Sie ein Zitat von mir oder einem anderen Mitglied der Staatsregierung gefunden haben, in dem das Versprechen einer Erhöhung zum 1. Januar 2019 abgegeben worden ist. Ich meinte ein Zitat von mir, keine Pressemitteilung von einem Verband. Ich meine eine Pressemitteilung dieses Hohen Hauses, eine Pressemitteilung des Innenministeriums oder was auch immer.Sie haben offensichtlich keine. Die Pressemitteilung kenne ich. Ich kann Ihnen noch einmal sagen, damit es keine Missverständnisse gibt: Ich setze mich dafür ein, die 5 Euro so schnell wie möglich zu realisieren. Ich lasse mir jedoch nicht vorhalten, dass ich irgendwann irgendjemandem versprochen hätte, dass das schneller geht, als bislang geschehen. Das ist nicht richtig. Wir müssen vernünftig miteinander umgehen. Diese Staatsregierung hält Wort, und dabei bleibt es.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur beantragten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/300. Die Urnen stehen vorne am Rednerpult und an den Ausgängen bereit. Die Abstimmung ist somit eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15:20 bis 15:25 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünfminütige Abstimmungszeit ist abgelaufen. Ich schließe hiermit die Abstimmung.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zwischenzeitlich gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) bekannt, betreffend "Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen" auf der Drucksache 18/300. Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Stimmenthaltungen gab es keine. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Unterstützung für finanziell stark belastete Berufsgruppen nicht nur ankündigen, sondern auch zügig umsetzen (Drucksache 18/300)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	85	102	0